

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreib: Tageskass. wies. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Wittenberg.

Postfachkonto: Dresden 1538  
Groschasse Riesa Nr. 62.

N. 62.

Donnerstag, 13. März 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für den Monat März 1924 2 Mark 50 Pf. einschließlich Postgebühren. Für den Rest des Monats April 1924 2 Mark 50 Pf. einschließlich Postgebühren. Für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Druckort: Riesa. Druckerei: Rieser Tageblatt. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Die letzten Stunden des Reichstages.

Berlin, den 12. März 1924.

Am Regierungsdirektorium Außenminister Dr. Stresemann, Präsident Pöhlke eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 20 Min. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Dr. Düringer (D. Vp.) eine Erklärung ab, in der er anerkennt, daß sein Parteifreund v. Kaumer zwar dem Finanzminister seinen Dank ausgesprochen habe, aber seine Bedenken gegen die Art der Regelung der Notverordnungen nicht verschwiegen habe. Der Redner erklärt, daß er keinerlei persönlichen Vorwurf gegen Herrn v. Kaumer richten möchte. Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein und nimmt den Gesetzentwurf über hypothekarische Belastung von Reichsbahngrundstücken in allen drei Lesungen an. Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes zur Änderung der Kraftfahrzeulinien-Verordnung, über die Abg. Altkotte (Str.) berichtet. Es handelt sich um eine Vorlage des Reichrates, wonach das Reich für seine Kraftfahrzeulinien die Genehmigung der in Betracht kommenden Länder nachsuchen soll. Die Reichsregierung hat gegen diese Vorlage Einspruch erhoben. Der Reichstag lehnt sie in zweiter Lesung ab, jedoch eine dritte Lesung ist erfrist. Angenommen wird ein Gesetzentwurf, wonach die Zulassung von ausländischen Weinen des Jahres 1922 bis zum 30. Juni 1924 nachgeholt werden kann. Abg. Eiser (Str.) beantragt nunmehr einen Antrag, der für die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung im besetzten Gebiet eintritt, damit die Vorkehrungsmaßnahmen, hauptsächlich die Erwerbslosenfürsorge, keine Unterbrechung erleiden.

Reichsfinanzminister Dr. Luther stimmt dem Antrage lebhaft zu. Aber auch die Zulassung der ersten und zweiten Steuernotverordnung im besetzten Gebiet sei erforderlich. Die dem Sachverständigenrat vorgelegte vorläufige Uebersicht über den Reichshaushalt rechnet schon mit den vollen Einnahmen aus dem rheinischen und Ruhrgebiet und mit der vollen Entlastung des deutschen Wirtschaftslandes. Es sei unklar, wie man vom Reich Reparationsleistungen verlangen könne, wenn man ihm nicht die nötige Finanzgrundlage sichere. — Der Antrag wird angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Ausprägung neuer Reichsilbermünzen.

zu 1, 2 und 3 Mark. Das Mischungsverhältnis der Münzen soll 500 Teile Silber und 500 Teile Kupfer betragen. Auf den Kopf der Bevölkerung sollen 5 Mark gerechnet werden. In einer Entscheidung wird mit Rücksicht auf die Zahlungsmittelnot im besetzten Gebiet gefordert, daß die neuen Silbermünzen dorthin möglichst bald in größerer Menge geschafft werden.

Abg. Dr. Helfferich (D. Vp.) hält es für wünschenswert, daß die kleinen Papierscheine bald durch Hartgeld ersetzt werden. Es genüge aber die Prägung von Ein- und Zweimarkstücken. Der Redner beantragt, an die Stelle der Goldmark die Rentenmark zu setzen und sie als gesetzliches Zahlungsmittel zu erklären. Ueber diese Fragen entscheidet sich eine lebhaft diskutierte Debatte, an der sich die Abg. Schlaab (Str.), Daus (D. Vp.), Dornburg (Dem.), Rauch (Vannr. Vp.), Dr. Herz (Soz.) beteiligen.

Finanzminister Dr. Luther erklärt, die Rentenmark könne nicht mit einem Mal zum Zahlungsmittel gemacht werden. Währungsgeld bleibe die Papiermark. Allmählich habe sich eine feste Beziehung im Verkehr herausgebildet, und es werde abzuwarten sein, ob nicht zu gegebener Zeit darüber ein Gesetz einzubringen sei.

Der Gesetzentwurf wird darauf unter Ablehnung aller Anträge in der Ausschussfassung angenommen, und zwar in zweiter und dritter Lesung, ebenso die Entscheidung.

Angenommen wird in allen drei Lesungen ein Antrag aller Parteien auf Änderung des Reichswahlgesetzes. Es sollen von nun an die Kreiswahlvorschlüsse von mindestens 500 (statt 20) Wählern des Wahlkreises unterzeichnet sein müssen. Doch sollen 20 genügen, wenn diese glaubhaft machen, daß mindestens 500 Wähler Anhänger des Kreiswahlvorschlusses sind. Es folgt die

### zweite Lesung des Reichspostverwaltungsvergesetzes,

durch welches die Reichspostverwaltung selbständig gemacht wird.

Die Vertreter Bayerns und Württembergs im Reichsrat erklären, daß sie sich der Vorlage gegenüber alle Rechte vorbehalten.

Abg. Wrahn (D. Vp.) teilt mit, daß ein Teil der Deutschnationalen Volkspartei Bedenken gegen den Gesetzentwurf habe, weil die Rechte des Reichstages erheblich geschmälert werden, und er keinen Einfluß mehr auf die Gesetzgebung erhalten wird. Die Entlassung der Beamten sei viel zu gering. Das Verschwinden des Verkehrratens sei zu beklagen. Seine Beschlüsse waren oft von einer bestimmten Gruppe abhängig, wo Namen wie Manasse im Vordergrund standen. (Zurufe und Gelächter links.) Abg. Laug (Bayer. Vp.) fordert nochmalige Prüfung der Entscheidung für Bayern. Man könne Bayern nicht zumuten, daß es seine Post für ein Nichts hergebe. Die Bayerische Volkspartei lehne den Entwurf ab.

Abg. Hennig (D. Vp.) hält die Selbständigkeit der Post für nicht erforderlich und sogar für schädlich. Der Redner tritt für die Aufwertung der Ansprüche Bayerns und Württembergs ein, lehnt aber das Vorgehen der beiden Länder ab.

Abg. Andre (Str.) fordert ebenfalls Wahrung der Rechte Bayerns und Württembergs. Wrahn solle keine

Ueberrmacht im Reichsrat nicht dazu benutzen, die Rechte der süddeutschen Staaten zu schmälern.

Abg. Steinkopf (Soz.) erwartet vom Minister die Aufrechterhaltung der einheitlichen Postverwaltung. Der Redner warnt davor, die Reichspost in Privat Hände übergeben zu lassen.

Abg. Körner (D. Vp.) bemängelt das scharfe Verfahren beim Abbau der Postbeamten.

Abg. Gothein (Dem.) erwartet, daß die Post wieder ein Musterbetrieb wird. Die Herren aus Bayern und Württemberg seien Gesetzkler.

Reichspostminister Dr. Pöhlke erklärt die Befürchtung Bayerns und Württembergs für unbegründet.

Die Vorlage wird darauf angenommen mit dem Antrag der Deutschnationalen, wonach die Beamten der Post Reichsbeamte sind. Die Annahme erfolgt auch in dritter Lesung. Die Schlussabstimmung wird auf Donnerstag verschoben, da es sich um ein verfassungsänderndes Gesetz handelt.

Es folgt die erste Beratung des deutschnationalen Antrags, gleichzeitig mit den Reichstagswahlen die Neuwahl des Reichspräsidenten vorzunehmen zu lassen. Nach Art. 180 der Verfassung befristet der gegenwärtige Reichspräsident sein Amt bis zum 30. Juni 1925.

Nach kurzer Empfehlung des Antrages durch den Abg. Schulz-Bromberg (D. Vp.) gibt Staatsminister Dr. Fahrenberg eine Erklärung ab, in der darauf hingewiesen wird, daß der Reichspräsident wiederholt auf Neuwahl abgedrängt habe. Schließlich wurde beschlossen, daß er sein Amt bis zum 30. Juni 1925 führen solle. Zeitlich sind keine Umstände hervorgetreten, die plötzlich eine Änderung notwendig machen könnten. Die Regierung könne nicht glauben, daß der Reichstag nun sprunghaft seinen Willen wechseln wolle. Ganz unangebracht erscheine die Verbindung der Wahl des Reichspräsidenten mit den Reichstagswahlen. Der Reichspräsident soll nach der Verfassung dem Reichstag gegenüber eine unabhängige und selbständige Stellung einnehmen und den Parteikämpfen entzogen werden. Daher sei auch keine Wahlperiode anders als die des Reichstages, er werde auf 7 Jahre, der Reichstag nur auf 4 Jahre gewählt. Die Reichsregierung bitte daher um Ablehnung des Antrages.

Der Antrag wird abgelehnt. — Der Reichstag wird in dritter Lesung angenommen und bis zum 13. Juni verlängert. Die Gesamtabstimmung findet am Donnerstag statt. — Das Haus verläßt sich.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr: Schlussabstimmungen, Antrag, den 12. April zum öffentlichen Anbetung zu erklären, für den aber keine und Gehälter bezahlt werden müssen, Antrag der Zentrumspartei, die Reichstagswahlen am 12. April stattfinden zu lassen, Antrag auf Einschränkung der Wahlverformulungen während der Osterzeit. Vom 13. bis 21. April sollen keine Wahlversammlungen stattfinden. Anträge zum Ernährungsengesetz.

### Die Abschiedsstimmungen des Reichstages.

Berlin. Wer heute das parlamentarische Bild im Reichstag betrachtet, muß den Eindruck haben, daß nichts vorgegangen ist und auch nichts geschehen wird. So nichtig, wie das Haus wenige Tage vor der Auflösung des Reichstages sich dem Reichsrat darstellte, ist bisher noch kaum in der ganzen parlamentarischen Geschichte der Fall gewesen. Im Sitzungssaal gähnen dem Tribünenbesucher leere Bänke entgegen. Nur einzelne Abgeordnete sieht man verstreut umher sitzen und auf ihren Plätzen liegt man die Langeweile und Schläfrigkeit, die das an sich ruhige Arbeitsfeld, das gestern dem Hause vorlag, befruchtet. Lediglich eine Reihe von kleinen Anfragen und kleineren Anträgen standen zur Beratung. Erst in den späten Nachmittagsstunden beginnt man mit der Fortsetzung der arden Debatte. Aber auch hier macht sich die Abschiedsstimmung geltend. Umso lebhafter geht es außerhalb des Sitzungssaales zu, in den Wandbelagungen, wo die Volksvertreter bereits die Vorträge für den kommenden Wahlkampf ausgeben bzw. entgegennehmen.

### Fraktionsitzungen im Reichstage.

Im Reichstag hielten gestern vor dem Plenum die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Demokraten und die Sozialdemokraten Fraktionsitzungen ab, die hauptsächlich nur der Stellungnahme der Fraktionen zu dem Gesetzentwurfmaterial, das in der gegenwärtigen Lesung des Reichstags noch erledigt werden soll, gewidmet waren. Die Sozialdemokratische Fraktion beschäftigt sich außerdem auch mit dem mit der Auflösung des Reichstags zusammenhängenden Fragen. Aus den Kreisen des Zentrums war ein Vorstoß ausgetaucht, den die Zentrumspartei als solche überhaupt nicht behandelt hat, den Freitag oder Sonnabend vor dem Palmsonntag, den 11. oder 12. April, zu einem gesetzlichen Anbetung zu machen, um an diesem Tage die Reichstagswahlen vorzunehmen zu können, ohne daß mit der Teilnahme an den Wahlen ein Lohnverlust verbunden wäre. Diesen Vorstoß lehnte die Sozialdemokratische Fraktion ab, weil sie fürchtete, daß die Arbeitgeber den Lohn an diesem Tage doch nicht zahlen würden und die Arbeiter ihren Lohn erst würden eintreiben müssen. Ebenso lehnte die Sozialdemokratische Fraktion den deutschnationalen Antrag ab, wonach die Wahl des Reichspräsidenten am Tage der Reichstagswahl vorzunehmen werden soll. Im übrigen erwartet die Fraktion von dem Reichsrat noch eine Auskunft über die Form, in der er die Auflösung des Reichstags vornehmen will.

## Die Arbeit der Sachverständigen.

Vorläufiger Inhalt des Berichtes.

Paris. Nach einer Auskunft, die gestern über den Bericht der Sachverständigen gegeben wurde, wird sich derselbe aus drei Teilen zusammensetzen:

1. einem Bescheid, in dem der Ausschuss daran erinnert werde, unter welchen Umständen er darum arbeiten werden sei, seine Arbeiten anzunehmen, und in dem er weiter die Mission erläutere werde, die ihm von der Reparationskommission übertragen worden sei;

2. dem Bericht selbst, der die Empfehlungen der Sachverständigen auf Grund ihrer Erhebungen und die Schlussfolgerungen aus ihren Arbeiten enthalten werde;

3. Anreden technischer Art über alle Spezialfragen, die von den Sachverständigen geprüft worden seien.

Diesen drei Hauptteilen dürften noch einige Ausgänge beigegeben werden, und zwar:

1. über den Budgetausgleich, 2. über die zu errichtende Goldemissionsbank, 3. über die Organisation der Eisenbahnen und die damit in Verbindung stehende internationale Anleihe, 4. über die Errichtung von Staatsmonopolen mit je einer besonderen Denkschrift über jedes einzelne in Aussicht genommene Monopol.

### Die deutschen Offiziersverbände gegen die Militärkontrolle.

Folgende Offiziersverbände: Nationaler Verband Deutscher Offiziere, Marine-Offizier-Verband, Deutscher Reichsoffiziers- und Offiziers-Verband, Deutscher Offizier-Verband, Reichs-Offiziers-Verband, Der Stahlhelm und der Frontsoldaten, haben eine Rundschreibung an die Rote der Reichswehrkonferenz über die Militärkontrolle erlassen, worin es heißt:

Wir rufen zum äußersten Widerstand gegen diese neueste Gewalttat, die allein französischem Egoismus entspringt, auf. Dem Ausland muß der einmütige Ruf des deutschen Volkes in die Ohren klingen: „Nicht mit allen fremdländischen Kontrollkommissionen auf Deutschland!“

### Negatives Ergebnis der Ruhrfrage.

Der Senator und ehemalige Finanzminister François Maréchal hat sich in der Revue de Paris über das Ergebnis der Ruhrfrage geäußert. Er kommt zu der Folgerung, daß das unter politischem Gesichtspunkt als erfolgreich anzusehende Unternehmen in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung negativ ausgefallen sei. Er macht der Regierung den Vorwurf, daß sie keine Lösung des Problems auf alliierter Grundlage gesucht und nicht auf die in den letzten Monaten aus London, Brüssel und Washington kommenden Ratifizierungen gehört habe. Eine Lösung wäre nur unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkte möglich, die den Interessen der verschiedenen Länder Rechnung trüge.

Da das Ruhrunternehmen politisch als erfolgreich anzusehen ist, darüber herrscht selbst in Frankreich noch keineswegs eine einheitliche Meinung. Wenn aber Herr Maréchal durch einen möglichen Aufschwung der deutschen Wirtschaft beunruhigt ist und die Unterbindung der Weile anderer Produktionsländer durch Deutschland befürchtet und deshalb die deutsche Ausfuhr besonders belasten will, so zeigt sich darin wieder einmal der unfähige Widerwill, der durch die Reparationsfrage hervorgerufenen Interessengegenstände.

### Der Werftarbeiterstreik geht weiter.

Hamburg. Die auf den heutigen Vormittag anberaumten Verhandlungen im Werftarbeiterstreik sind nach mehrwöchiger Dauer ergebnislos abgebrochen worden. Ein neuer Termin wurde einstweilen nicht festgesetzt. Der Streik geht also weiter.

Die Streiklage im Rheinischen Braunkohlenrevier klärt sich weiter. Auch bei der größten Gesellschaft des Reviers, der Rheinischen Braunkohlen-Aktiengesellschaft, hat gestern als letztes Werk die Grube Louise den Streik wieder aufgenommen. Western haben die freien Gewerkschaften dem Arbeitgeberverband des Reviers erklärt, daß sie in einer Funktionärerversammlung den Abbruch des Streiks beschlossen hätten und die Arbeiterschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern würden.

### Explosion in der Badischen Anilin- und Sodafabrik.

Ludwigshafen. Im Oppauer Werk der Badischen Anilin- und Sodafabrik explodierte gestern morgen um 11.30 Uhr ein Gasgenerator. Ueber die Ursache des Unglücks läßt sich noch nichts Genaueres feststellen, da in die Ausgepörrten die Notstandsarbeiter aus dem Werk vertrieben haben. Der Betrieb läuft infolgedessen zum Teil unter automatischer Steuerung weiter, wodurch naturgemäß leicht eine Entzündung entstehen kann. Durch die Wucht der Explosion wurde dem Sprenghölle hunderte von Metern weit geschleudert. Ein deutscher Gendarm wurde verletzt. Der Sachschaden ist recht erheblich.

Eine weitere Meldung besagt: In der Explosion im Oppauer Werk wird mitgeteilt, daß eine Gasammelleitung ein dabei befindlicher Kühler explodiert sind. Als Ursache wird überhitzte Abkühlung angegeben, wodurch sich ein Gasgemisch bildete, das zur Entzündung kam. Ferner ist heute in dem Werk ein Braunkohlenbunker in Brand geraten. Wegen der Einstellung der Notstandsarbeiten kann der Brand nicht gelöscht werden.